



12. November 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

seit den Corona-Ausbrüchen in der deutschen Fleischindustrie hat die Debatte über Werkverträge, Leiharbeit und die Rechte von Wanderarbeitnehmer*innen wieder Fahrt aufgenommen. Unter diesen Beschäftigungsmodellen leiden vor allem Menschen aus dem Osten Europas, die in Deutschland und anderen reichen Mitgliedstaaten in der Ernte, auf dem Bau, im Transportwesen oder in der Pflege arbeiten. Dabei sind Lohndumping, Sozialversicherungsbetrug, unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen an der Tagesordnung.

Um die Situation **mobiler Beschäftigter** in der Europäischen Union zu verbessern, fordert der DGB eine stärkere Regulierung und klare Rechte für die Arbeitnehmer*innen. Europas offene Grenzen müssen dem Wohlstand aller dienen statt der Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen Tür und Tor zu öffnen, schreiben Livia Hentschel, Ruxandra Empen und Lukas Hochscheidt.

Eine angenehme Lektüre wünscht
Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender

Mobile Beschäftigte in Europa: starke Rechte statt Ausbeutung



DGB/Tanat Loungtip/123rf.com

Saisonarbeiter*innen und andere mobile Beschäftigte leiden nicht erst seit gestern unter Ausbeutung und unlauteren Geschäftspraktiken. In der Corona-Krise werden diese Zustände offensichtlich – in der deutschen Fleischindustrie und anderswo. Deutschland hat noch bis Ende des Jahres den Vorsitz im Rat der EU inne und muss sich mehr denn je für schnelle und gute Lösungen stark machen.



[zum Beitrag](#)

Impressum

Verantwortlich

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand
Europa und Internationales
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon: +49 30.240 60-211, Telefax: +49 30.240 60-324
E-Mail: internationales (at) dgb.de

Verantwortlich

Reiner Hoffmann (Vorsitzender)

Rückfragen an

Andreas Botsch, Abteilungsleiter Europa und Internationales